

Entwicklungshemmende Faktoren in Pakistan

von Susanne Thiel

Pakistans jährliche wirtschaftliche Wachstumsrate von 5,5 Prozent läßt das Land als einen aufstrebenden Staat erscheinen, bei näherem Betrachten wird aber deutlich, wie sehr die Entwicklung des Landes durch die Vernachlässigung des sozialen Sektors gehemmt ist. Um die Entwicklung zu fördern, müßte es dringlichste Aufgabe der Regierung sein, eine Reduzierung der Analphabetenquote und die Verbesserung der Grunderziehung, besonders für Mädchen, herbeizuführen. Die Verbesserung der Rechtslage und der Lebensbedingungen der weiblichen Bevölkerung und die Versorgung und Förderung der ländlichen Gebiete gehören ebenfalls zu den Sektoren, für die sofortige Maßnahmen dringend notwendig sind. In engem Zusammenhang mit Analphabetismus und unterversorgten ländlichen Gebieten steht der hohe Bevölkerungszuwachs, der eine weitere Bedrohung für Pakistans ökonomische Entwicklung darstellt. Ein Drittel der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze, 30 Millionen Menschen sind unterernährt, die Hälfte der Bevölkerung hat keinen Zugang zu gesundheitlichen Einrichtungen.

Ländliche Entwicklung

70 Prozent der pakistanischen Bevölkerung leben in ländlichen Gebieten. Der landwirtschaftliche Sektor ist nicht nur die Hauptquelle für die Nahrungsmittelversorgung des Landes, sondern versorgt die werktätige Bevölkerung mit 70 Prozent der landesweiten Beschäftigungsmöglichkeiten. Durch Lieferung von Rohmaterialien für die Industrie trägt der landwirtschaftliche Sektor direkt und indirekt zu den Haupteinnahmen durch Export bei.

Die Entwicklungsstrategien der letzten

vier Dekaden haben sich nicht auf die ländlichen Gebiete konzentriert, sondern auf städtische Industrialisierung. Zentralismus und Bürokratisierung wurden gefördert, die Bemühungen auf einige wenige große Städte beschränkt. Eine inkompetente industrielle Basis wurde aufgebaut und die sozialen Bereiche dabei völlig vernachlässigt. Ergebnisse dieser Politik sind die mangelhafte Versorgung des Hinterlandes, in dem die Ärmsten der Armen leben, eine enorm niedrige Alphabetisierungsrate, Arbeitslosigkeit, ungenügende Gesundheits- und Sanitärversorgung. Die Regierung muß nun mit

den kontraproduktiven und gesellschaftlich destabilisierenden Konsequenzen fertig werden.

Die Städte sind unfähig, die ständig anwachsende Bevölkerung von über einer Million Menschen im Jahr zu versorgen. Die Wirtschaft ist lediglich in der Lage, 500.000 neue Stellen im Jahr zu schaffen, es fehlen Wohn- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Hinzu kommen die Menschen, die aus den unterentwickelten Dörfern in Wohlstand verheißende Städte flüchten. In Karachi wohnt bereits ein Drittel der Stadtbevölkerung in Slums, in anderen Städten



Die Städte sind unfähig, die ständig anwachsende Bevölkerung von über einer Million Menschen im Jahr zu versorgen (Foto: Jorge Scholz)

macht der Anteil ein Viertel aus. Der knappe Lebensraum und die mangelhafte Versorgung führen zu ernststen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Implikationen.

Eine einfache Lösung des Problems gibt es sicherlich nicht, die Entwicklung ist nicht rückgängig zu machen. Wohl aber können alternative Möglichkeiten überdacht, die Attraktivität der ländlichen Gebiete erhöht und die Vorteile eines Lebens und Arbeitens auf dem Land der Bevölkerung näher gebracht werden. Ein Potential für produktive Beschäftigung existiert in zahlreichen kleinen Herstellungsbetrieben, die auf dem Land angesiedelt sind, und im Handel und Dienstleistungssektor. Dort richten sich Aktivitäten nach dem lokalen Bedarf, benutzen eine einfache Technologie und sind billiger. Die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse muß sowohl auf dem Rohstoff- als auch auf dem Nahrungsmittelsektor vermehrt und verbessert, die Lieferung an die Bevölkerung der Städte und die Industrie sichergestellt werden. Mit der Steigerung der Produktion kann auch die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung erhöht werden. Pakistan hat einen großen Bedarf an Weizen und Ölfrüchten. In den Jahren 1993/94 importierte Pakistan ca. 1,2 Millionen Tonnen Weizen und gab fünf Milliarden Rupien dafür aus. Eine verbesserte landwirtschaftliche Produktion kann zur Minimierung des Imports führen.

Grundbedingung für eine solche Entwicklung ist aber eine funktionierende sozio-ökonomische und physische Infrastruktur: Straßen, Elektrizität, Schulen, Gesundheitsversorgung, Brücken, Wasser- und Abwasserversorgung. Eine

funktionierende Infrastruktur macht das Land attraktiv für seine Bewohner und kann die Zahl der "Landflüchtigen" vermindern.

Der laufende 'Social Action Plan' der pakistanischen Regierung konzentriert sich besonders auf die Entwicklung der ländlichen Gebiete und die Förderung von Kleinbetrieben der Agroindustrie. Bislang fehlte es an technischem und unternehmerischem Know-how, aufgrund von Unkenntnis der Marktverhältnisse gibt es Absatzprobleme. Berufs- und Unternehmensberatung ist notwendig, ebenso wie technisches Training. Vermarktungszentren sollen eingerichtet, Verbindungen zu Produzenten und Märkten in den Städten hergestellt werden. Auch Kontakte zu Kreditinstitutionen sind erforderlich. Kredite müssen den tatsächlichen Zielgruppen zugänglich sein, denn sie sind ein wichtiges Instrument zur Veränderung auf der Grassroot-Ebene. Durch größere Dezentralisierung der finanziellen, administrativen und legalen Macht kann aktive und effektive Grassroot-Beteiligung ermöglicht werden. Kürzlich verkündete der Ministerpräsident der Provinz Sindh, Syed Abdullah Shah, daß seine Regierung der Entwicklung und Versorgung ländlicher Gebiete höchste Priorität eingeräumt hat.

Verbesserung der Grundbildung

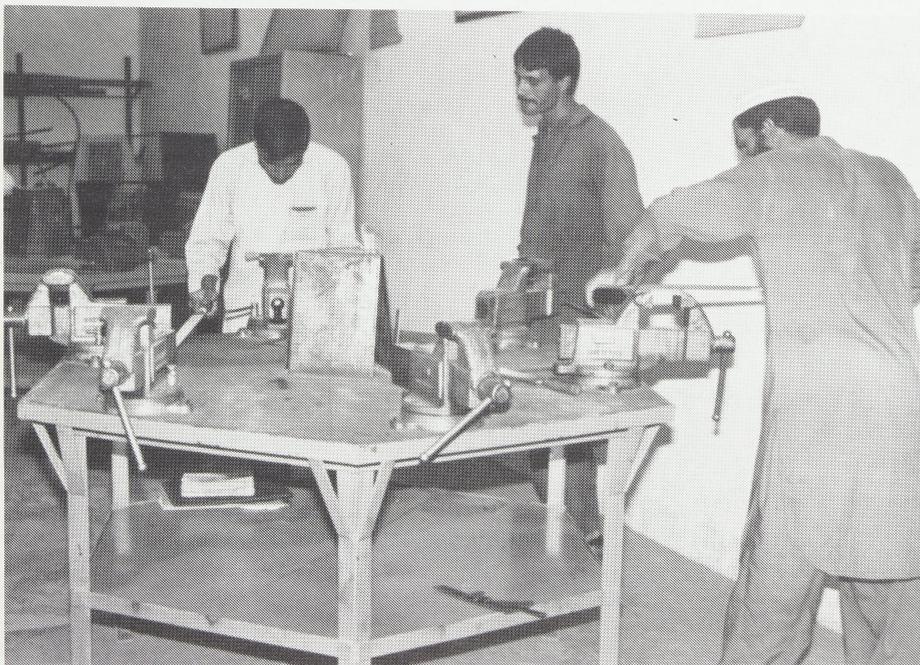
Der zweite große und vernachlässigte gesellschaftliche Sektor ist die Grundbildung. Mian Manzoor Wattoo, Ministerpräsident im Punjab, hat das Land aufgefordert, sich auf die Alphabetisierungsarbeit zu konzentrieren. Ein Staat mit einer Analphabetenquote von über 70 Prozent

kann in den Zeiten des internationalen Wettbewerbs keinen Fortschritt machen. Pakistan ist in den letzten Jahrzehnten auf dem Bildungssektor weit zurückgefallen - davon sind besonders Frauen betroffen. Erziehung und Bildung genießen höchste Priorität in Wattoos Regierung, große Kampagnen wurden gestartet, die auf steigende Alphabetisierungsquoten hinarbeiten. In der Planungsperiode 1995-96 machen Erziehung und Bildung ein Fünftel des gesamten Budgets aus. Moderne Unterrichtsmethoden und -techniken sollen auf allen Erziehungsebenen eingeführt und eingesetzt werden. Der Erziehungsminister des Punjab, Riaz Fatyana, bezieht sich besonders auf die Computertechnologie, die den zukünftigen Generationen eine moderne und zeitgerechte Ausbildung ermöglichen soll. 50 Millionen Rupien werden in diesem Jahr für den Bau von Grundschulen zur Verfügung gestellt. 1.000 Koranschulen sollen umstrukturiert werden in normale Grundschulen, für dieses Programm zahlt die Regierung 340 Millionen Rupien. 1,6 Mrd. Rupien werden zur Verfügung gestellt, um neue Erziehungsinstitutionen in der Provinz zu etablieren. 1165 neue Grundschulen für Mädchen und 365 für Jungen sollen gebaut werden.

Auch in der Provinz soll, so Minister Syed Abdullah Shah, eine Konzentration auf Erziehung und Einrichtung neuer Schulen erfolgen, damit die Analphabetenquote der Provinz, die auch hier besonders in ländlichen Gebieten enorm hoch ist, gesenkt werden kann.

Nicht nur die pakistanische Regierung, sondern auch andere Organisationen stellen Mittel für die Verbesserung des Schul- und Bildungssektors zur Verfügung. Die Weltbank gibt einen 150 Millionen Dollar Kredit für das Fünf-Jahres-Erziehungsprogramm der 'North-West-Frontier Province' (NWFP), um die Qualität der Schulausbildung zu verbessern. Besonders in der NWFP besteht eine große Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Die Provinz hat ein Sechstel der Bevölkerung Pakistans und eine Alphabetisierungsrate von 21,5 Prozent. Nur 21 Prozent aller Schulen in dieser Provinz sind für Mädchen. Der Mädchenanteil der 886.000 Grundschüler soll 42 Prozent ausmachen. 36 Prozent sind es zur Zeit, am Ende des Programms soll die Zahl auf 60 Prozent erhöht werden. Es ist geplant, von den 23.000 neuen Klassenräumen 60 Prozent für Mädchen einzurichten.

Es ist notwendig, sich auf schulische Erziehung und Ausbildung von Mädchen und Frauen zu konzentrieren, nicht nur weil dies zu ihren Grundrechten gehört, sondern weil diese Investition die Fähigkeiten der Frau



Alphabetisierung und handwerkliche Ausbildung müssen forciert werden (Foto: Dieter Schubert)

verbessert, zur sozialen Entwicklung beizutragen. Es besteht erwiesenermaßen eine enge Verbindung zwischen dem Grad der Bildung der Mutter und dem Gesundheits- und Versorgungszustand der Kinder. Eine Verbesserung der Ausbildung der Frauen wird sich auf die Alphabetisierungsrate zukünftiger Generationen auswirken und eine Senkung der durchschnittlichen Familiengröße herbeiführen.

Familienplanung

Benazir Bhutto hat die Bevölkerungsfrage in den 'Social Action Plan' einbezogen. Das 'Population Welfare Office' konnte bislang die ländliche Bevölkerung nur mit fünf Prozent der Familienplanungseinrichtungen versorgen. Von den 43 neu eingerichteten 'Family Welfare Centres' sind 24 für ländliche Gebiete bestimmt. Durch die Kopplung des Bevölkerungswachstums an soziale und ökonomische Faktoren ist die Situation in weniger entwickelten Gebieten mit hoher Analphabetenquote besonders akut. Ziel der Bevölkerungspolitik ist es, die momentane jährliche Zuwachsrate von 2,9 Prozent auf 2,6 Prozent im Jahr 1997 und auf 2,5 Prozent im Jahr 2000 zu senken. Die pakistanische Bevölkerungszuwachsrate ist eine der höchsten der Welt (Indien 2,1 Prozent, Bangladesch 1,8 Prozent, Indonesien 1,7 Prozent, China 1,3 Prozent). Sollte sie so wie derzeit fortschreiten, werden 2060 etwa 500 Millionen Menschen in Pakistan leben müssen.

Während der letzten 40 Jahre ist Familienplanung nie ein öffentliches Thema gewesen. Zur Zeit gibt die Regierung vor, sich mit ihren aktuellen Aktionsplänen auf jene Faktoren zu konzentrieren, die alle Programme zu Mißerfolgen werden lassen: Unterentwicklung der sozialen Leistungen, mangelnde Erziehung, ungenügende Gesundheitsversorgung und unzureichende Förderung der Frauen.

Die Weltbank hat die Erteilung eines 65,1 Millionen US-\$ Kredits für die Bemühungen um Familienplanung und Wachstumskontrolle bekanntgegeben. Der Kredit soll über vier Jahre verwendet werden, um die Basis der Familienplanung zu erweitern, den Gebrauch von Verhütungsmitteln populär zu machen und die gesundheitliche Versorgung von Mutter und Kind zu verbessern.

Benachteiligung der pakistanischen Frauen

Benazir Bhutto wird nicht müde, die Bemühungen ihrer Regierung zu betonen, den Frauen alle Rechte - gewährleistet durch den Islam und die Verfassung - zu garantieren. Ihrer Meinung nach ist

die Repräsentanz der Frauen im Staatsapparat durch folgende konkrete Maßnahmen gewährleistet: Anstellung von Richterinnen in Gerichten, Botschafterinnen in Auslandsvertretungen, Einstellung weiblicher Polizeibeamten und Polizeiwachen mit rein weiblicher Besetzung und Reservierung einer fünf Prozent Quote für Frauen im öffentlichen und privaten Sektor. Spezielle Sitze für Frauen sollen in den National- und Provinzversammlungen gewährleistet werden, ein entsprechendes Gesetz wird vorbereitet. Eine Kommission soll eingerichtet werden, um die für Frauen nachteiligen Gesetze zu untersuchen und eine entsprechende Reformierung vorzuschlagen. Eine andere Kommission soll sich um eine Verbesserung der Lebensumstände unterprivilegierter Gesellschaftsschichten - Frauen eingeschlossen - kümmern.

Hehre Ziele, die mit den alltäglichen Problemen und harten Lebensbedingungen der Mehrheit der weiblichen Bevölkerung nicht übereinstimmen. Ökonomische Probleme, wie der enorme Preisanstieg der letzten Monate, lasten besonders stark auf den Frauen, die ihre Kinder unter immer schwierigeren Bedingungen großziehen müssen. Die nationalen Statistiken zeigen einen Anstieg der Verbrechen gegen Frauen. Die männlichen Täter werden kaum verfolgt und wenn überhaupt nur milde bestraft. Schutzkräfte sind oft weit davon entfernt, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Anstatt Sicherheit auf Polizeiwachen zu finden, werden Frauen dort oft mißhandelt und vergewaltigt.

Die pakistanische Menschenrechtsorganisation veröffentlichte die erschreckende Zahl, daß über 60 Prozent aller weiblichen Gefängnisinsassen eine Strafe wegen Verstoßes gegen die 'Hudood'-Verordnung absitzen. Der Tatbestand, 'zina' genannt, beinhaltet vor- und außereheliche geschlechtliche Kontakte im weitesten Sinne. Oft genügen bloße Anschuldigungen von übelwollenden Verwandten oder Bekannten, um eine Frau wegen eines 'zina'-Vergehens hinter Gitter zu bringen. Auf diese Art und Weise lassen sich auch Erbschafts- und sonstige familiäre Streitigkeiten für die Angehörigen sehr einfach lösen.

Die Kritik von Frauen aus der Opposition und Frauenrechtlerinnen aus verschiedenen Gruppierungen richtet sich gegen unzureichende Maßnahmen der Regierung. Pakistanische Frauen sind in ihren Rechten beschnitten, obwohl eine Frau an der Spitze des Staates steht. Ihrer Meinung nach hat Premierministerin Bhutto darin versagt, die speziellen Probleme der Frauen zu lösen; die Repräsentation der Frauen im Parlament ist z.B. noch immer nicht gewährleistet. Nach den Bestimmungen der Verfassung

sind spezielle Sitze im 'Lower House' und den Provinz-Versammlungen für Frauen reserviert. Nach den Wahlen von 1993 bekamen die Frauen ihre Sitze aber nicht, obwohl die Wiedereinrichtung der Frauensitze in den Versammlungen ein Teil der Wahlpropaganda sowohl von Benazirs 'Pakistan Peoples Party' (PPP) als auch von Nawaz Sharifs 'Pakistan Muslim League' (PML) waren.

Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März teilte die 'Canadian International Development Agency' (CIDA) durch die Botschafterin Kanadas mit, daß elf Millionen Rupien für einen 'Women's Development Fund' zur Verfügung gestellt werden. Damit sollen die institutionellen Kapazitäten und das Führungspotential der pakistanischen Frauengruppen gestärkt werden. Besonders sollen progressive Frauengruppen und Individuen gefördert werden, die Veränderungen für Frauen herbeiführen wollen und sie als Beteiligte, Agenten und Entscheidungsträger in alle Aspekte der Entwicklung einbeziehen. Der 'Women's Fund' wurde so positiv aufgenommen, daß bereits an eine Aufstockung auf 66 Millionen Rupien gedacht wird. Der Fonds soll ergänzend zu den neuen Prioritäten und Maßnahmen der pakistanischen Regierung eingesetzt werden. Priorität haben Institutionen, die auf den Gebieten Gesundheit, Umwelt und Menschenrechte arbeiten. NGO's für Frauen sollen unterstützt werden in den Bereichen strategische Planung, Finanzen und Management, Training und Strategien der Hilfsfonds-Beschaffung. Alle Aktivitäten sollen auch auf ländliche Gebiete ausgedehnt werden, denn 70 bis 80 Prozent der ländlichen Frauen sind in anerkannte ökonomische Aktivitäten involviert.

Die 'First Women Bank' gibt Kredite an NGO's, die neue Strategien entwickeln für Beschäftigungsförderung in ländlichen Gebieten. Besonders Frauen sollen in die NGO-Arbeit verstärkt einbezogen werden. 5.000 Kleinkredite im Wert von 50 Millionen Rupien sind an Frauen vergeben worden, die im Kleingewerbe tätig sind. Shafgat Sultana, die Vizepräsidentin der 'First Women Bank', gibt die Rückzahlungsrate mit 99 Prozent an. Das Kreditsystem ist sehr erfolgreich, die Klientinnen tragen nicht nur zum Familieneinkommen bei, sondern auch zur städtischen und ländlichen Wirtschaft. In Islamabad soll ein 'Regional Development Training Institute' eröffnet werden, das den Frauen Training und Beratung anbietet, die mit Kleinkrediten ein Unternehmen gründen und sich selbständig machen wollen. In vierwöchigen Kursen soll den Unternehmerinnen Basiswissen in Unternehmensführung und Management vermittelt werden.